

# Berlin Brief



VON JOSIP JURATOVIC,  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

AUSGABE 208, 11. November 2016

*Sehr geehrte Damen und Herren,  
Liebe Freundinnen und Freunde,*

eine politisch spektakuläre Woche liegt hinter uns. Am Montag hat die SPD-Bundestagsfraktion ihren Vorschlag für ein **Einwanderungsgesetz** vorgelegt. Denn wer ein höheres Renteneintrittsalter verhindern will, muss gut geplante Einwanderung ermöglichen. Uns werden aufgrund der niedrigen Geburtenrate in absehbarer Zeit Millionen Arbeitskräfte fehlen. Um diese Lücke zu schließen, setzt die SPD auf Qualifizierung und Aktivierung von Menschen, die bisher aus unterschiedlichen Gründen nicht arbeiten können (Langzeitarbeitslose, Niedrigqualifizierte, aber auch viele Frauen). Trotzdem gilt: Ohne Menschen „von außen“ wird unsere Gesellschaft nicht so wohlhabend, pluralistisch und modern bleiben, wie wir es derzeit

sind. Darum brauchen wir Einwanderung. Zum Einwanderungsgesetz gibt es ein gutes Video unser Fraktion ([hier klicken](#)), das alle Details erklärt und gern bei Facebook und Co. geteilt werden darf. Am Mittwoch erschien dazu übrigens mein Beitrag in der Heilbronner Stimme (im Anhang & [hier verfügbar](#)).

Bürgerbüro Josip Juratovic  
Untere Neckarstraße 50  
74072 Heilbronn

Neue Nummer, bitte beachten: 07131 / 59 87 228

[josip.juratovic@bundestag.de](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)

[www.juratovic.de](http://www.juratovic.de)

[www.facebook.com/josipjuratovic](https://www.facebook.com/josipjuratovic)

**EIN AUSZUG AUS MEINEM  
TERMINKALENDER –  
ICH FREUE MICH, SIE ZU  
TREFFEN:**

**Auftaktveranstaltung zur Jubiläumskampagne des [Gundelsheimer Carneval-Verein](#)**

Fr. 11.11., 19 Uhr  
Gundelsheim

**„Berlin im Dialog“ - Diskussionsveranstaltung des Förderkreises der [Wirtschaftsjunioren Heilbronn-Franken & der IHK](#)**

Mi. 16.11., 19 Uhr  
Heilbronn, Allee 20, Volksbank, Abraham-Gumbel-Saal

**Besuch der Baustelle Neckartalbrücke**

Do. 17.11., 16:30 Uhr  
Neckarsulm, Kanalstr. 15

**Bürgersprechstunde**

Fr. 18.11., 14 bis 17 Uhr  
Josip Juratovics Bürgerbüro  
Heilbronn, Untere Neckarstr. 50.  
Bitte vorherige Anmeldung an  
[josip.juratovic.wk@bundestag.de](mailto:josip.juratovic.wk@bundestag.de)

*Berlin-Brief abonnieren? Mail an [josip.juratovic@bundestag.de](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)!*

### Punkte für Perspektiven

**BERLIN** Josip Juratovic über das Einwanderungskonzept der SPD

**Gastbeitrag**  
von Josip Juratovic

Es gibt Menschen, die langfristigen Deutschland hätte andere Probleme. Wir bekommen keine geeignete Zuwanderung, weil es erstmal darum geht, die knappen Millionen Menschen zu integrieren, die seit 2015 in unser Land gekommen sind. Das bedeutet, was von der SPD mit ihrem Gesetzentwurf gefordert wird, ist nicht nur die Bewältigung von Flüchtlingsfragen, sondern auch ein Arbeits- und Sozialgesetz, die die Zukunft unseres Landes sichern. Sich dieser Aufgabe anzunehmen, den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen, ist Ausdruck voranschreitender und verantwortungsvoller Politik.

Denn welcher Situation begegnen wir 2030? Wenn die Geburtenrate in Deutschland auf ähnlich niedrigen Niveau bleibt wie bislang, werden wir bis dahin – und das ist auch nicht wirklich gering – um über sechzig Millionen Arbeitskräfte weniger haben. Und was noch schlimmer ist: Diese sechs Millionen werden als Einzelne in die Rentenkassen fallen. Dieses Problem, das unser Sozialsystem ins Wanken bringen kann, ist längst bekannt, und wir haben es schon fünf Decennien lang und Lösungen gesucht.

**Renteneintritt** Das Ergebnis ist, dass wir einen Interessenkonflikt zwischen einerseits der Qualifizierung von hier lebenden Arbeitskräften und andererseits der Integration von Flüchtlingen erleben. Gelöst werden kann diese Situation durch eine Kombination aus mehreren Faktoren wie etwa dem Einwanderungsgesetz, was dazu beiträgt, Arbeitskräfte zu finden, die wir darüber hinaus integrieren können. Denn, das heißt es, genauso wie auf den, der Arbeit sucht. Wir wollen das Problem endlich lösen: Arbeitsplätze sind ein gemeinsames Ziel, das alle an der Realisierung haben.

**Zur Person**  
Josip Juratovic ist seit 2015 SPD-Bundestagsabgeordneter für die Wahlkreis Heilbronn und seit 2014 Mitglied im Ausschuss für Integration und Migration. Er ist Mitglied im Ausschuss für Integration und Migration des Bundestages und im Ausschuss für Integration und Migration der Europäischen Union. Er ist Mitglied im Ausschuss für Integration und Migration der Europäischen Union.

**Fachkräfte** Wir brauchen dabei keine international angelegte Fiktion über Integrationen – die Integration ist ein Prozess, der von beiden Seiten angetrieben werden muss. Wir suchen zwar Fachkräfte, aber das bedeutet nicht ausschließlich Akademikerinnen, sondern eben auch Einweisungsinhaber und Einwanderer mit anderen Fähigkeiten. Wir suchen solche Menschen, die unser Land dringend benötigen. Diese Aufgabe als Integrationsbeauftragter wird besonders spannend, wenn die Menschen hier einbezogen sind. Denn ein Arbeitsplatz allein reicht zur Integration nicht aus. Dazu braucht man Sprachkenntnisse, Kontakte, ein soziales Netzwerk. Nur so können die Menschen sich mehr einfinden und Teil unserer Gesellschaft werden. Nicht den im Punktesystem konzentrierten Kriterien wird es dennoch sehr wichtig sein, die künftigen Arbeitskräfte zu integrieren.

Mit diesem Gesetzentwurf bezieht die SPD den Herausforderungen der Integrationen des nach der Qualifizierung der Zuwanderer zu.

Neben der Einwanderung könnten uns demnächst auch wieder mehr Asylbewerber erreichen – nämlich aus der **Türkei**. Unter Präsident Erdogan verschärft sich die Lage dramatisch. Das Vorgehen gegenüber allen kritischen Geistern – ob Journalisten, Universitätsangehörigen, der kurdischen Minderheit – und allen Menschen, die mehr oder weniger begründet mit dem Putschversuch im Juli in Verbindung gebracht werden, lässt uns fassungslos zurück. Ich kann Frank-Walter Steinmeier nur beipflichten, wenn er den türkischen Gesandten einbestellt und die Türkei zu einer *rechtsstaatlichen* Aufarbeitung des Putsch-Versuches ermutigt.

Und dann die größte politische Sensation der Woche: **#USWahl2016**. Das Beste an der Wahl vom Dienstag ist, dass einer der schmutzigsten Wahlkämpfe der US-Geschichte endlich vorbei ist. Der in den letzten Monaten gepflegte Stil hat die Demokratie beschädigt und war einer demokratischen Gesellschaft eigentlich unwürdig. Wir sollten für Deutschland unsere Lehren daraus ziehen, damit wir im kommenden Jahr konstruktiver um Mehrheiten ringen können. Und wir sollten darauf achten, Rechtspopulisten hierzulande nicht ein ähnlich bestellbares Feld zu bieten – am besten als

[Mitglied der SPD](#). Tatsächlich wissen wir nach diesem Wahlkampf nicht, was wir von Herrn Trump erwarten können. Es beruhigt immerhin, dass der Präsident dank der amerikanischen Verfassung nicht allmächtig ist. Wir können auf das Verantwortungsbewusstsein der amerikanischen Administration vertrauen. Die europäisch-amerikanischen Beziehungen sind darüber hinaus viel umfangreicher und tiefgreifender als allein die Regierungsebene. Wir Europäer müssen nun umso mehr politisch, zivilgesellschaftlich und wirtschaftlich das gute Verhältnis mit den Amerikanerinnen und Amerikanern pflegen.

Jenseits der Weltpolitik beschäftigten mich auch ganz bürgernahe Themen, nämlich die **Bahn-Infrastruktur**. Im Bahn-Tower habe ich dem DB-Bevollmächtigten für Baden-Württemberg deutlich gemacht, dass der Ausbau der Frankenbahn und der Anschluss Heilbronn ans Fernverkehrsnetz für uns höchste Priorität haben – und dies auch für die Bahn haben sollten. Außerdem ist mir wichtig, dass die Fahrkartenautomaten einfacher werden. Es kann nicht sein, dass ich jedes Mal verzweifelte Menschen vor den Automaten fluchen sehe. Zudem habe ich das Anliegen einer Schülerin aus Besigheim weitergetragen, die sich während ihres Besuchs in Berlin zu Recht bei mir beklagte, dass auf der Strecke Stuttgart – Heilbronn regelmäßig Züge ausfallen. Und weil uns als SPD die Bahn im ganzen Land wichtig ist, lud unsere Fraktion diese Woche zum Schienengipfel (weitere Infos [hier](#)).

Und noch eine schöne Begegnung im Bundestag. Diese Woche begleiten knapp [40 junge Leute aus den Gewerkschaften](#) uns Abgeordnete bei der Arbeit. Mit mir war André Gunia von der **IG Metall** unterwegs. Es ist mir wichtig, was die Kolleginnen und Kollegen Metalller im Betrieb umtreibt, was die Gewerkschaft auf die Beine stellt, und wie sie unsere Arbeit kommentiert.

Mit besten Grüßen



# Punkte für Perspektiven

**BERLIN** Josip Juratovic über das Einwanderungskonzept der SPD

## Gastbeitrag

Von Josip Juratovic

Es gibt Menschen, die behaupten, Deutschland hätte andere Probleme. Wir bräuchten keine geregelte Zuwanderung, weil es erstmal darum gehe, die knappe Million Menschen zu integrieren, die seit 2015 in unser Land geflüchtet ist. Das verkennt, worum es der SPD mit ihrem Gesetzentwurf geht. Hier geht es nicht um die Bewältigung von Flüchtlingsströmen. Es geht tatsächlich um Arbeits- und Sozialpolitik, die die Zukunft unseres Landes sichert. Sich dieser Aufgabe anzunehmen, den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen, ist Ausdruck vorausschauender und verantwortungsvoller Politik.

Denn welcher Situation begegnen wir 2030? Wenn die Geburtenrate in Deutschland auf ähnlich niedrigem Niveau bleibt wie bislang, werden wir bis dahin – und das ist zeitlich wirklich gleich um die Ecke – sechs Millionen Arbeitnehmer weniger haben. Und was noch schlimmer ist: Diese sechs Millionen werden als Einzahler in die Rentenkassen fehlen. Dieses Problem, das unser Sozialsystem ins Wanken bringen kann, ist längst bekannt, und wir haben es schon früh thematisiert und Lösungen gesucht.

**Renteneintritt** Das Ergebnis ist, dass wir zum einen intensiv die Qualifizierung von hier lebenden Arbeitskräften fördern, die bislang aus unterschiedlichsten Gründen Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt hatten. Zum anderen legen wir eben auch das Einwanderungsgesetz vor, um damit Arbeitskräfte zu finden, die wir darüber hinaus dringend brauchen. Denn, das möchte ich betonen, in einer schrumpfenden Gesellschaft ist Einwanderung auch das beste Mittel gegen die Forderung nach einem höheren Renteneinstiegssalter.



Josip Juratovic ist seit 2014 Integrationsbeauftragter der SPD. Foto: D. Mugler

## Zur Person

**Josip Juratovic** ist seit 2005 SPD-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Heilbronn und seit 2014 Integrationsbeauftragter seiner Fraktion. Er ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Unterausschuss Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung. Der Gundelsheimer (57) ist verheiratet und hat drei Kinder. *red*

Jeder Arbeitgeber/Jede Arbeitgeberin kann bestätigen, wie schwierig es ist, eine Vakanz im Betrieb mit einer ausländischen Fachkraft zu füllen. Man muss sich erst durch einen komplizierten Paragrafenschlingel schlagen. Das wirkt abschreckend auf den, der Arbeit anbietet, genauso wie auf den, der Arbeit sucht. Wir wollen das Prozedere endlich vereinfachen: Angelehnt an das kanadische Modell, sieht das Gesetz ein Punktesystem

vor, das für alle Beteiligten – Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Behörden – transparent und leicht ersichtlich macht, was für Jobs es gibt und wie die Chancen dafür stehen, diesen Job zu bekommen.

Um sich erfolgreich bewerben zu können muss man eine Mindestanzahl von Punkten erreichen. Die kann man mittels unterschiedlicher Kriterien erzielen: Qualifikation, Sprachkenntnisse, Arbeitsplatzangebot, Alter, eventuelle Verwandtschaft hier, und so weiter. Dabei werden die Ergebnisse des Punktesystems eng mit den Bedürfnissen unseres Arbeitsmarktes verzahnt: Wer kein aktuelles Jobangebot hat, wird es sehr schwer haben, ausreichend Punkte für eine Einwanderung zu bekommen.

**Fachkräfte** Wir betreiben dabei keine international angelegte Elitensuche beziehungsweise -förderung. Im Gegenteil: Wir suchen zwar Fachkräfte, aber das bedeutet nicht ausschließlich Akademiker/innen sondern eben auch Einwanderinnen und Einwanderer mit gelernten Berufen. Wir suchen schlicht Menschen, die unser Land dringend benötigt.

Meine Aufgabe als Integrationsbeauftragter wird besonders spannend, wenn die Menschen hier eingetroffen sind. Denn ein Arbeitsplatz allein reicht zur Integration nicht aus. Dazu braucht man Sprachkenntnisse, Kontakte, ein soziales Netzwerk. Nur so können die Menschen sich zuhause fühlen und Teil unserer Gesellschaft werden. Nach den im Punktesystem honorierten Kriterien wird es dennoch sehr viel leichter sein, die künftigen Arbeits-Einwanderer zu integrieren.

Mit diesem Gesetzentwurf begegnet die SPD den Herausforderungen des demografischen Wandels, in der Hoffnung, dass auch ihr Koalitionspartner die Zeichen der Zeit erkennt.